

Lange Schatten der Diktatur

Zum 20. Jahrestag von »People Power I«

20 Jahre nach dem Sturz des philippinischen Despoten Ferdinand E. Marcos erinnert auf den Inseln wieder Vieles an seine Schreckensherrschaft.

Rainer Werning

Rodrigo R. Duterte liebt markige Worte. Als Bürgermeister der knapp 1,5 Millionen Einwohner zählenden südphilippinischen Stadt Davao hat Duterte allerdings ein Problem. Die prekäre Sicherheitslage in der City macht ihm zu schaffen. Am 17. Januar 2006 ging Duterte wieder einmal in die Offensive und zog in seiner Eröffnungsrede vor dem 25. Tourismus-Forum der aus zehn Ländern bestehenden Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN) gegen die seiner Meinung nach Schuldigen kräftig vom Leder: »Lassen Sie sich von all den negativen Reisewarnungen gegen uns und unsere Stadt nicht kirre machen«, mahnte Duterte die in Davao versammelten Gäste.

»Natürlich steckt im Tourismusgewerbe ein gerütteltes Maß Politik. Wenn wir uns nur die Länder anschauen, die uns vorwerfen, wir hätten »Sicherheitsprobleme«, so handelt es sich dabei tatsächlich um dieselben Länder, die andere Staaten überfallen, ungerechte Kriege vom Zaun brechen und gleichzeitig die globale Tourismusindustrie kontrollieren. Ignorieren Sie solche Reisewarnungen, die von schlecht informierten Botschaften ausgesprochen werden! Wir selbst sagen Ihnen, ob wir bereit oder nicht gerüstet sind, Sie als unsere Gäste gebührend zu empfangen.«

Der Wahn von »law and order«

Rodrigo R. Duterte ist auch ein Mann der forschenden Tat. Um seine City »sauberer und sicherer« zu machen, vertritt der Bürgermeister mit Verve die Anliegen des lokalen und regionalen Business. Da sich zahlreiche Geschäftsleute darüber beklagten, dass »herumlungernde Bettler und Straßenkinder« ihr Geschäft vermiest und das Stadtbild »verunstalteten«, formierten sich in Davao Todesschwadronen, die buchstäblich mit solchem »Gesindel« kurzen Prozess

mach(t)en. Seit 2002 sind zahlreiche Minderjährige von Mitgliedern dieser Schwadronen erschossen worden oder »verschwanden«. Ihre genaue Zahl kennt keiner, weil außerhalb Davaos immer wieder mal verscharrte Kinderleichen gefunden werden. Die Killer operieren stets nach demselben Muster: Auf schnellen Motorrädern peilen sie ihre »Ziele« an, erschießen sie aus kurzer Entfernung, um dann maskiert und unbehelligt davon zu brausen. Gefasst wurde noch keiner der Täter.

Stritt Duterte zunächst rundweg ab, dass es überhaupt Todesschwadronen in seiner Stadt gäbe, billigt er heute ungeniert ihr Treiben. Als sei das nicht schon schlimm genug, berief die seit fünf Jahren amtierende Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo (siehe Kasten) den Law and Order-Mann Duterte in den Stab ihrer Sicherheitsberater und betraute ihn mit der Verbrechensbekämpfung. Ein Skandal, meinen philippinische Bürgerrechtler und der seit 1969 im Lande lebende irische Priester Shay Cullen.

Davao ist beileibe kein Einzelfall. Die Stadt ist ein Mikrokosmos landesweiter Gewalt und ein Treibhaus staatsterroristischer Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung. Was vor 20 Jahren mit dem Sturz des langjährigen US-Protégés Ferdinand E. Marcos (1966-86) so vielversprechend begonnen hatte, ist heute verblasst. In den politisch turbulenten Tagen vom 22. bis zum 25. Februar 1986 wurde der Diktator durch eine »People Power«-, mitunter auch »friedliche Rosenkranzrevolution« genannte Volksbewegung vom Sockel gestürzt und mit einem US-Militärflugzeug ins Exil nach Hawaii ausgeflogen. Nie mehr, so schallte es auf den Straßen der Metropole Manila und in anderen Großstädten des Inselstaates, werde man es so weit kommen lassen, dass eine kleine politische Clique das Land diktatorisch, gar mit Kriegsrrecht regiert und dessen Ressourcen nach Strich und Faden plündert. Rückblickend ein schales Gelöbnis, bestenfalls Mut einflößendes Wunschdenken.

»Die Blutspuren führen direkt zur Palasttür«

»Wenn Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo nach etlichen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschnürenden Exekutivorders nunmehr auch noch ihr Antiterror-Gesetz im Kongress durchbringt«, schrieb Girlie T. Padilla, Generalsekretärin der bereits 1979 gegründeten Ökumenischen Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden in einer Erklärung am 16. Dezember 2005, »dann sind wir auf dem besten Wege zurück in die dunkle Zeit des Kriegsrechts«. »Die Ähnlichkeiten (zum Jahr 1972, als Marcos das Kriegsrecht verhängte – RW) sind frappierend«, kritisiert die engagierte Bürgerrechtlerin, »wirtschaftlich ist die Lage katastrophal, die politische Krise wird von Woche zu Woche tiefer, soziale Unruhen wachsen und die Präsidentin ist einzig damit beschäftigt, unbedingt an der Macht zu bleiben.

Wer heute ein Verbrechen begeht, kann bereits als Terrorist abgestempelt werden. Wer gegen die Regierung protestiert, kann ebenfalls unter dem Terrorverdacht festgenommen und auf unbestimmte Zeit inhaftiert werden.« »Die Menschenrechtslage unter Präsidentin Arroyo«, so Padilla, »ist mit Abstand die schlechteste in der Post-Marcos-Ära. Allein in diesem Jahr (2005 – RW) wurden 152 Menschen einfach erschossen – von Einheiten der nationalen Streitkräfte und der Nationalpolizei. Wie wird sich die Situation entwickeln, wenn erst einmal das Antiterror-Paket in Kraft ist? Alle diese Morde gehen auf das Konto des Staatsapparates und geschahen im rechtsfreien Raum; weder wurden Anklagen erhoben, noch Verdächtige in Gewahrsam genommen.«

Zu demselben Ergebnis kam jüngst eine hochrangige internationale Untersuchungskommission der Vereinigten Methodistischen Kirche unter Leitung von Bischof John Hopkins aus Cleveland, Ohio. Die Gruppe hielt sich zu Beginn dieses Jahres einige Tage in den Philippinen auf und nahm am 6. Januar in einer Pressekonzferenz in Manila öffentlich Stellung zur Lage der Menschenrechte im Lande. Für die amtierende Präsidentin und die politischen Eliten ein veritables Desaster: Die Priester geißelten die Sicherheitskräfte für die außergerichtlichen Hinrichtungen und die Staatsorgane für ihren Mangel an Rechtsempfinden.

Wörtlich erklärten Sprecher der Kommission: »Der eigentliche Grund für die Probleme in den Philippinen sind Armut, Landlosigkeit und eine extrem ungerechte Verteilung von Wohlstand und Macht. Wir fordern Präsidentin Arroyo und die Regierung der Philippinen auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen: Eine sofortige und unabhängige Untersuchung aller außergerichtlichen Hinrichtungen der vergangenen Monate; eine Versicherung, dass kein Kriegsrecht verhängt wird oder die Bürger- und Menschenrechte weiter ausgehöhlt werden; eine Revision der militärischen Aufstandsbekämpfungsstrategie, um sicherzustellen, dass Nicht-Kombattanten angemessen geschützt und deren Hab und Gut nicht zerstört wird; Einstellung der unhaltbaren Praxis seitens der Regierung und des Militärs, Menschen vorschnell als ›Subversive‹ oder ›Kommunisten‹ abzustempeln, wenn sie sich für Gerechtigkeit und die Armen einsetzen.«

Doch das Morden geht weiter. Selbst Medien- und Kirchenleute fielen der Kommunistenhetze der philippinischen Streitkräfte zum Opfer. Die Mehrzahl der Opfer staatlichen Terrors sind indes Führungspersonlichkeiten von Arbeiter- und Bauernverbänden und Gewerkschaften sowie Mitglieder linker Parteien.



Etwa 100 Polizisten »schützen« das People Power Monument in Manila zum 20. Jahrestag von People Power I.

Foto: Philipp Bück

Proklamation 1017: Notstandserklärung 20 Jahre nach Marcos

»Ich, Gloria Macapagal-Arroyo, Präsidentin der Republik der Philippinen und Oberbefehlshaberin der philippinischen Streitkräfte, Kraft Sektion 18, Artikel 7 der philippinischen Verfassung, welcher besagt, dass: »... Der Präsident die Streitkräfte dazu auffordern [kann] Rebellion zu unterdrücken oder zu verhindern, ...« und Kraft meiner Position als Oberbefehlshaberin der Streitkräfte, befehle hiermit den Streitkräften, Gesetz und Ordnung überall in den Philippinen zu stützen und alle Formen unrechtmäßiger Gewalt, wie auch jeden Versuch des Aufstands oder Rebellion zu verhindern und zu unterdrücken, sowie den Gehorsam mit allen von mir persönlich oder durch meine Anweisung verkündeten Gesetze, Erlasse, Befehle und Reglementierungen, wie dies in Sektion 17, Artikel 12 der Verfassung ermöglicht wird, durchzusetzen, und erkläre hiermit den nationalen Notstand.«

Die Notstandserklärung vom 24.2.2006 beendete schlagartig alle offiziellen Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Endes der Marcos-Diktatur. Nach Ende des Gedenkgottesdienstes in der Kapelle am EDSA Schrein am 25.2., welcher der EDSA oder »People Power« Bewegungen 1986 und 2001 gedenken sollte, wurden die Türen geschlossen und das Monument von der Polizei bewacht. Die Kapelle hätte auch an diesem 20. Jahrestag eine Schutzzone für Aktivisten mit Angst vor Verhaftungen sein können, denn viele Aktivisten hielten sich auf dem Weg zu Auto aneinander fest, um Verhaftungen zu entgehen.

Nur wenige Stunden zuvor wurde der Kongressabgeordnete Satur Ocampo von in zivil gekleideten Geheimpolizisten der *Criminal Investigation and Detection Group* (CIDG) angegriffen und konnte nur knapp der Verhaftung ohne Haftbefehl entkommen. Crispin Beltran, wurde – absurderweise – mit einem Haftbefehl wegen

Anstiftung zum Volksaufstand aus dem Jahre 1985 (sic!) zur Befragung »eingeladen«. Sein Kommentar: »Es ist schwierig eine Einladung abzulehnen, wenn hinter ihr ein ganzes Platoon Soldaten steht.« Der Polizeichef forderte die Medien auf sich an »gewisse Standards« der Regierung zu halten, Zeitungsredaktionen wurde durchsucht, die Redaktion des »Daily Tribune« geschlossen. In den Tagen nach der Notstandserklärung blieb unklar, wie die harten, aber unkonkreten Richtlinien von Proklamation 1017 eigentlich implementiert werden – vieles, so Kritiker, läge im Ermessen von Polizei und Militärs. Die Notstandserklärung und die darauf folgende freizügige Umsetzung weckten Erinnerungen an die Kriegsrechts-Ära während der Marcos Zeit.

Dabei gab es eigentlich keine genaue Verfassungsgrundlage für die Proklamation. Sektion 18 des Artikel 7 regelt das Kriegsrechts und verlangt hierfür verschiedene institutionelle Sicherheiten – die Erklärung eines »nationalen Notstands« wird jedoch im Gesetz nicht vorgesehen.

Mit dem Notstandsgesetz hat Arroyo sich vielleicht ihr eigenes Grab geschaufelt. Der ehemalige Präsident Fidel Ramos, dem großer Einfluss auf das Militär nachgesagt wird, reagierte auf die Proklamation erbost: »Noch so ein Ding und sie ist weg!«, schimpfte er. Die klare Warnung des ehemaligen Präsidenten und Generals mahnt die Präsidentin zu Vor- und Umsicht. Denn die Politik der starken Hand funktioniert nur, solange die kritische Masse der Proteste unterdrückt werden kann. Am 3.3.2006, eine Woche nachdem er verkündigt wurde, hat Arroyo den Notstand aufgehoben – mit der deutlichen Drohung an »Destabilisateure« wenn nötig jederzeit wieder hart durchzugreifen.

Quelle: Philipp Bück

Am Abend des 16. Januar 2006 wurde etwa die 61-jährige Bauernführerin Ofelia Rodriguez in ihrem Haus in Mexico in der Provinz Pampanga (nördlich von Manila gelegen) von maskierten Männern erschossen. Rodriguez' »Vergehen« bestand darin, dass sie mit zahlreichen Gleichgesinnten in der »Stop Palparan Alliance« aktiv war. Diese Gruppe setzt sich dafür ein, dass die Regierung Generalmajor Jovito Palparan, Kommandeur der 7. Infanteriedivision, vom Dienst suspendiert. Palparan ist wie sein ziviles Gegenstück Duterte ebenfalls ein glühender Befürworter des »kurzen Prozesses«, wenn es gilt, »Aufständische, Terroristen und Kommunisten« zu jagen.

Zuvor hatte der General im östlichen Landesteil, auf der Insel Samar, Furcht und Schre-

cken gesät. Heute befehligt er seine Einheiten im Zentrum der Hauptinsel Luzon, auf der auch Manila liegt. Mexico, der Heimatort der erschossenen Aktivistin, liegt im Operationsgebiet von Militäreinheiten, die hier als so genanntes Reengineered Special Operations Team (RSOT) agieren. Vorrangige Aufgabe solcher Teams ist es, im Rahmen der militärischen Aufstandsbekämpfung längere Zeit in ausgewählten Dörfern zu bleiben und sich dort zu »integrieren«. So sollen Informationen gewonnen werden, wer sich wann, wie und wo politisch engagiert.

Und am 30. Januar 2006 wurden auf zwei weitere Aktivisten der linken Partei Bayan Muna (Das Volk zuerst) tödliche Schüsse abgefeuert. Diesmal trafen die Kugeln Antonio Alde in

Borongan (Ostsamar) und Maximo Frivaldo in Irosin, Provinz Sorsogon. Der linke Kongressabgeordnete Crispin B. Beltran kochte vor Wut und reagierte erbost: »Die Mordserie wird mit jedem Tag, den die Präsidentin weiterhin im Amt bleibt, länger. Bürger, die der Arroyo-Administration kritisch gegenüber stehen – seien es Gewerkschafter, Kirchenleute, Journalisten, Rechtsanwälte, Menschenrechtsarbeiter oder Aktivisten – werden einer nach dem anderen von dubiosen Gestalten ermordet. Und die Blutspuren führen direkt zur Tür des Malacañang-Palasts (dem Amtssitz der Präsidentin – RW).«

Intrigen, Kabalen, Machtmanöver

Besonders ins Gerede und ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik geriet die gescholtene Präsidentin seit Sommer 2005. Zuerst wurde Verwandten von GMA, darunter auch ihrem Ehemann, vorgeworfen, tief in Korruptionsaffären verstrickt zu sein und Schmiergelder von Operateuren illegaler Glücksspiele angenommen zu haben. Dann kam zutage, dass Arroyo ihre Wahl im Mai 2004 möglicherweise durch Manipulation gewonnen hatte.

Ende Juni 2005 musste die Präsidentin öffentlich zugeben, dass sie noch während der Stimmenausschüttung mehrfach mit dem Wahlleiter Virgilio Garcillano telefoniert und ihn gebeten hatte, ihr einen Vorsprung von einer Million Stimmen zu sichern. Schließlich sah sich Arroyo gezwungen, die Authentizität der von Militärs mitgeschnittenen Telefonaufzeichnungen zuzugeben und sich öffentlich und mit Stoßgebeten zu entschuldigen. Nur weil sie (noch) die Mehrheit im Kongress hinter sich weiß, entging sie einem Amtsenthebungsverfahren.

Den Kongressabgeordneten Renato Magtubo von der Partido ng Manggagawa (Arbeiterpartei) brachte das dermaßen in Rage, dass er öffentlich erklärte: »Ich will nicht, dass GMA ihres Amtes enthoben wird. Ich will, dass sie gestürzt wird. Systemwechsel, kein Regimewechsel ist das Gebot der Stunde. Meine Losung heißt: ›Tretet alle zurück‹ anstatt ›Gloria, tritt zurück‹. Wir brauchen eine revolutionäre Übergangsregierung.«

Seit Sommer 2005 sackten denn auch die Beliebtheitswerte für die Präsidentin immer weiter ab. Von nahezu allen Seiten gerät GMA unter Beschuss. Die noch immer quirlige Opposition aus Marcos-AnhängerInnen und FreundInnen des wegen Amtsmissbrauchs und Korruption aus dem Präsidentenamt gejagten Joseph E. Estrada macht gegen die Präsidentin

ebenso Front wie Teile des Big Business, der einflussreichen katholischen Bischofskonferenz des Landes sowie Segmente aus dem Militär. VertreterInnen verschiedener Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, von militanten Gewerkschafts-, Arbeiter- und Bauernverbänden wie der KMU und KMP ganz zu schweigen, werfen sich heute selbstkritisch vor, ihr politisches Gewicht vor fünf Jahren in einer Neuauflage von »People Power« für GMA in die Waagschale geworfen zu haben.

Und selbst aus den eigenen Reihen erntet die Präsidentin nur mäßige Lob. Der einflussreiche Ex-General und von 1992 bis 1998 amtierende Ex-Präsident Fidel V. Ramos legt der Präsidentin nahe, nur bis 2007 im Amt zu bleiben. Gemäß der (noch) geltenden Verfassung dauert GMAs Amtsperiode jedoch bis 2010. Es sind jedoch Bestrebungen im Gange, die Verfassung zu ändern und das existierende präsidiale in ein parlamentarisches System umzuwandeln. Unterteilt ist die Sympathie für die Präsidentin nur in Washington. Die Bush-Regierung schätzt das »Antiterror«-Engagement GMAs und wird, wie das in den USA domizilierte Philippine Aid-watch Network jüngst berichtete, der Regierung ihrer einstigen Kolonie in diesem Jahr erhöhte Militärhilfe von annähernd 100 Millionen US-Dollar gewähren. Diese Gelder sind vorrangig für den Ausbau der philippinischen Marine und »Antiterror«-Maßnahmen einschließlich gemeinsamer US-amerikanisch-philippinischer Manöver im Süden der Inseln bestimmt.

Desolate Wirtschaftslage, meuernde Militärs

Der renommierte philippinische Sozialwissenschaftler Walden Bello und MitstreiterInnen des in Bangkok ansässigen globalisierungskritischen Forschungsinstituts Focus on the Global South sowie der Soziologischen Fakultät der University of the Philippines veröffentlichten im Sommer 2005 Jahres unter dem Titel »Reclaiming Revolution« eine Einschätzung der aktuellen Entwicklungen in den Philippinen. Demnach betrage die Unterbeschäftigung etwa 40 Prozent und habe sich die (offizielle) Arbeitslosigkeit von zwölf Prozent im Jahre 1986 auf 15 Prozent im Jahre 2004 erhöht.

Die Zahlen würden noch düsterer ausfallen, wenn man nicht die schwunghaft gestiegene Zahl von Overseas Filipino Workers (OFW) berücksichtigte. Zog es 1986 380.000 Filipinos und Filipinas ins Ausland, um dort zu arbeiten, so war deren Zahl im Jahre 2004 um knapp das Dreifache auf eine Million Jobsuchende angestiegen.

Trotz der offiziell registrierten Senkung der Armutsrate im Lande betrachten sich 57 Prozent der Bevölkerung als arm. 1983, auf dem Höhepunkt der Krisenwirtschaft unter Marcos, waren es 55 Prozent. Nicht nur vermochten die Reichen ihren Reichtum zu mehren. Sie sind heute auch stärker denn je in der Regierung verankert; 1962 entstammten 27 Prozent der Kongressabgeordneten reichen Schichten, 2004 betrug ihr Anteil bereits 50 Prozent. Im Frühjahr dürften größere Streiks stattfinden. Militante Arbeiterorganisationen machen mobil, um mindestens eine Erhöhung der Tageslöhne um 125 Pesos (umgerechnet zwei Euro) durchzusetzen, zumal die Erhöhung der Mehrwertsteuer und gestiegene Preise für Benzin und Nahrungsmittel das Gros der Haushalte über Gebühr belastet.

Gefahr aus dem Militär

Selbst innerhalb der staatlichen Sicherheitskräfte rumort es, vor allem unter den Absolventen der Militärakademie in Baguio City (im Norden Manilas gelegen), die dort nach 1995 ihren Kurs abschlossen. Am 23. Januar 2006 warnte eine im Untergrund agierende Gruppe, die sich Young Officers Union New Generation (YOUnG) nennt, den Justizminister Raul M. Gonzalez, dass er, Präsidentin Arroyo und ihr gerade frisch ernannter Stabschef Michael Defensor auf der Todesliste stünden. Insgesamt, so verkündete der Sprecher des Zentralkommandos der YOUnG, ein Oberstleutnant Arsenio Alcantara, habe seine Organisation über 200 Personen der Arroyo-Administration im Visier – darunter 40 Kongressabgeordnete, die sich Privatarmeen hielten, 47 Schmuggler, 32 Drogenbarone und 22 große Steuerbetrüger. Alcantara verband diese Drohung mit der Vorhersage, das »bis ins Mark korrupte Regime« werde »bald zusammenbrechen«.

»Was die Situation zusätzlich verschlimmert«, schrieb die in Manila erscheinende Tageszeitung Philippine Daily Inquirer in ihrem Editorial am 21. Januar 2006, »ist die anhaltende und rücksichtslose Unbekümmertheit einer Regierung, weder grundlegende soziale Dienste für ihre Bürger bereit zu stellen, noch deren Grundrechte vor militärischen Übergriffen zu schützen. Wenn die Wiederbelebung des kommunistischen Aufruhrs anhält, sind wir bald da, wo wir gegen Ende der Marcos-Diktatur standen. Schließlich war es sein Regime, das der eigentliche Rekruteur der Neuen Volksarmee war.«

Bald 140 Guerillafronten landesweit?

Die Neue Volksarmee (NPA) – das ist der bewaffnete Arm der klandestinen Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP). Auf dem Höhepunkt ihrer Macht zum Zeitpunkt des Marcos-Sturzes vor zwanzig Jahren hatte sie annähernd 30.000 Personen unter Waffen. Doch scharfe innerparteiliche Auseinandersetzungen und Säuberungen während der neunziger Jahre führten zu einem Mitgliederschwund. Heute ist davon wenig zu spüren. Im Gegenteil: Die NPA und CPP erhalten so viel Zulauf, dass der philippinische Generalstab sie erneut als »Sicherheitsbedrohung Nummer Eins« einstuft.

Das veranlasste den Sprecher der NPA, Gregorio »Ka Roger« Rosal, in einem euphorischen Statement kurz vor Weihnachten seine Sicht der Dinge darzulegen. Rosal behauptet darin, dass die NPA augenblicklich über eine Gesamtstärke von 27 Bataillonen beziehungsweise etwa 13.500 Kombattanten verfüge. Das schliesse allerdings nicht die Zahl so genannter Volksmilitzen ein, deren Mitglieder tagsüber als Bauern die Felder bestellten und des Nachts als Partisanen kämpften.

Die NPA, so Rosal, sei fähig, in den von ihr kontrollierten Gebieten eine Agrarrevolution durchzuführen, die den Kern des bewaffneten Kampfes ausmache. Es habe landesweit erfolgreiche Kampagnen gegeben, in denen die Verschuldung von Pachtbauern und landwirtschaftlichen Arbeitern gesenkt und die Preise für ihre Produkte beträchtlich erhöht wurden. Auch habe sich die Zahl taktischer Offensiven allein im Jahre 2005 signifikant erhöht, wodurch Waffen erbeutet und inhaftierte Gesinnungsgenossen in spektakulären Aktionen am helllichten Tag befreit werden konnten. Insgesamt, so Rosal, strebe die NPA an, ihre Guerillafronten von derzeit 130 auf 140 zu erhöhen: »Unser Ziel ist es, gegenüber dem Gegner ein strategisches Patt zu erzielen.« Und wenn in Manila elitäre Machtrochaden mehr geschätzt sind als eine den Namen verdienende Sozialpolitik, dürfte Rosals Szenario nicht ganz abwegig sein.

Manuskriptabschluss Ende Januar

Rainer Werning ist promovierter Politikwissenschaftler und Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien.